



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Auslandsbüro Italien

AN ITALIAN  
PERSPECTIVE



## AN ITALIAN PERSPECTIVE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

### Übersetzung der Regierungserklärung von Ministerpräsident

Giuseppe Conte

Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte hat die Vertrauensabstimmung in Senat und Abgeordnetenkammer überstanden. Forza Italia und Partito Democratico drückten ihr Misstrauen aus. Am Mittwoch sprachen 350 Abgeordnete (Abgeordnetenkammer verfügt über 630 Sitze) dem Ministerpräsidenten und seinem Kabinett das Vertrauen aus – vier Stimmen mehr als erwartet. 236 Abgeordnete stimmten dagegen – 35 enthielten sich.

Am Dienstagabend im Senat (320 Sitze) stimmten 171 Senatoren für die populistische Koalition aus Fünf-Sterne-Bewegung und Lega. 25 Senatoren enthielten sich, 117 sprachen der Regierung ihr Misstrauen aus. Damit sind Giuseppe Conte und seine Minister nun offiziell im Amt und durch Senat und Abgeordnetenkammer bestätigt.

In seiner ersten Grundsatzrede sagte Conte, die Regierungsarbeit werde sich auf drei Grundpfeiler stützen: Zuhören, Durchführung und Kontrolle. Die Regierung als „populistisch“ zu bezeichnen ist seiner Einschätzung nach richtig, wenn „systemfeindlich“ im Sinne Dostojewskis bedeute, „ein neues System einzuführen, das alte Privilegien und Verkrustungen der Macht beseitigt, dann verdienen diese politischen Kräfte diese beiden Bezeichnungen durchaus“, so Conte, der sich als „Bürger“ ohne politische Erfahrung bezeichnete.

Fjodor Michailowitsch Dostojewski, Hans Jonas und Ulrich Beck zitiert der neue Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung; zahlreiche Themen schneidet er an. Was die konkrete Umsetzung und Finanzierung des Regierungsprogramms betrifft, bleiben viele Fragen offen. Das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Italien stellt Ihnen die Rede von Ministerpräsident Giuseppe Conte in deutscher Übersetzung zur Verfügung.

### Regierungsansprache von Ministerpräsident Giuseppe Conte

Dienstag, 5. Juni 2018, Senat

Frau Präsidentin, verehrte Senatorinnen und Senatoren.

Zuerst möchte ich den Staatspräsidenten begrüßen, der die nationale Einheit vertritt und die ersten nicht ganz einfachen Phasen der Regierungsbildung begleitet hat.



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

Es ist für mich heute das erste Mal, dass ich diesen Saal betrete und zu Ihnen spreche. Dabei spüre ich die Last der Verantwortung für das, was dieser Ort darstellt. Er bewahrt die Erinnerung an viele wichtige Momente in unserer institutionellen Geschichte. Aber der beste Weg, dieser bedeutenden Tradition heute Ehre zu erweisen ist es, konkrete Antworten auf die Bedürfnisse der Bürger zu geben. Die wachsende Verdrossenheit den Institutionen gegenüber und der fortschreitende Prestigeverlust derjenigen, die die Ehre haben, Ämter in diesen Institutionen zu bekleiden, muss uns alle zu einer zusätzlichen Verantwortung zwingen. Dies bedeutet notwendigerweise auch eine größere Offenheit gegenüber den realen Forderungen aller, die außerhalb dieser Gebäude leben. Die Rolle und Autorität von Regierung und Parlament kann sich nicht allein auf die hochrangigen Aufgaben stützen, die ihnen durch unsere Grundcharta übertragen werden. Sie müssen Tag für Tag erobert werden, mit Disziplin und Ehrgefühl. Dabei müssen persönliche Belange in den Hintergrund treten und bewiesen werden, dass man diese große Verantwortung tatsächlich verdient.

Mit diesem Geist und diesem Bewusstsein bitten wir Sie heute um das Vertrauen, nicht nur in ein Regierungsteam, sondern auch in ein Projekt: ein Projekt für den Wandel Italiens; ein Projekt, das von den beiden politischen Kräften, die die parlamentarische Mehrheit bilden, in Form eines Vertrags formalisiert wurde; ein Projekt, das sich zusammensetzt aus den bei den Wahlen vorgelegten und von der Mehrheit der Italiener verabschiedeten Wahlprogrammen, sowie aus den Stimmen, welche die beiden politischen Kräfte durch ihre Mitglieder und Anhänger erhalten haben.

Das Regierungsprogramm, mit dessen Inhalt auch ich – wenn auch sehr diskret, von Anfang an übereingestimmt habe, genießt daher eine doppelte Legitimität, sowohl formaler als auch substanzieller Art. Die Ziele, denen sich das Regierungsteam verpflichtet hat, sind schriftlich niedergelegt, da die politischen Kräfte, die die Mehrheit bilden, sie transparent erklärt und sich verpflichtet haben, sämtliche zu ihrer Verwirklichung notwendigen Initiativen und Maßnahmen zu ergreifen. Erst als der Inhalt des Vertrages geklärt war, beschlossen beide politischen Kräfte nach den uns bekannten Ereignissen, einvernehmlich, dem Staatspräsidenten meinen Namen als Regierungschef vorzuschlagen. Ich bin allen dankbar, die auf legitime persönliche Ambitionen verzichtet haben, um dem allgemeinen Interesse den Vorrang zu geben, sowie einem Projekt, das über die Personen hinausgeht, die damit beauftragt sind. Das macht mir die Verantwortung, die ich übernommen habe – wenn ich das so sagen darf – noch ganz besonders bewusst, wohl wissend um die Vorrechte, die Artikel 95 der Verfassung dem Ministerpräsidenten anerkennt und zuweist.

Wie allgemein bekannt, verfüge ich über keinerlei politische Erfahrung. Ich bin ein Bürger, der sich aufgrund seiner Studien- und Berufserfahrung bereit erklärt hat, im Wahlkampf mit einer der beiden politischen Kräfte eventuelle Regierungsverantwortung zu übernehmen und anschließend mich der Aufgabe der Regierungsbildung und -führung zu stellen und auch Garant für die Umsetzung des Vertrages für die Regierung des Wandels zu werden.

Ich übernehme diese Aufgabe mit Demut, aber auch mit Entschlossenheit, im vollen Bewusstsein meiner Grenzen, aber auch mit der Leiden-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

schaft und Selbstaufopferung derer, die sich des Gewichts der ihnen übertragenen hohen Verantwortung bewusst sind. Dabei beseelt mich allein der Geist des Dienens.

Es ist mir eine große Ehre, mein Engagement und meine Fähigkeiten in den Dienst der Interessen der Bürger dieses wunderbaren Landes stellen zu können.

Wie ich bereits erwähnte, möchte ich mich Ihnen und durch Sie, den Bürgern als Anwalt präsentieren, der die Interessen des gesamten italienischen Volkes vertritt. Manch einer hat in dieser Neuheit einen radikalen Schnitt mit den institutionellen Gewohnheiten, die die republikanische Geschichte bis jetzt begleitet haben, gesehen; fast einen Angriff auf die ungeschriebenen Konventionen, die den bisherigen institutionellen Weg unseres Landes geprägt haben. All das ist richtig. Und das ist nicht alles! Ich glaube nicht, dass dies einfach nur ein Novum ist. Die Wahrheit ist, dass wir einen radikalen Wandel herbeigeführt haben, auf den wir stolz sind.

Was die Prozeduren betrifft, bei denen sich politische Entscheidungsträger im geschlossenen Rahmen heimlicher Zusammenkünfte auszutauschen pflegten, wobei der Schwerpunkt vor allem auf der Aufteilung der persönlichen Rollen und sehr wenig auf dem Inhalt des Programms lag, so eröffnen wir eine ganz neue Ära. Dabei wollen wir jedoch die Schwierigkeiten und den gegenseitigen Verzicht im Namen der Transparenz und Klarheit gegenüber den Wählern keineswegs verbergen.

Sich heute im Zeichen des Wandels zu präsentieren, ist daher kein Ausdruck von Rhetorik oder Propaganda, sondern eine Entscheidung, die auf der Notwendigkeit beruht, sich dem neuen Wind zu öffnen, der seit einiger Zeit im Land weht und der nach den politischen Wahlen vom letzten 4. März eine völlig neue Geographie des politischen Konsenses hervorgebracht hat. Es gibt keine politischen Kräfte mehr, die, wie früher, gesamte Weltanschauungen zum Ausdruck bringen, und ihr Handeln nach perfekt identifizierbaren ideologischen Systemen ausrichten. Der Niedergang starker Ideologien ist bereits vor Jahrzehnten geschehen, was auch darin ersichtlich ist, dass die letzten Regierungen politische Initiativen gefördert haben, die nach traditionelleren politischen Kategorien schwer einzuordnen sind. Der Vertrag, auf dem unsere Regierung basiert, wurde von einigen als rechts-, von anderen als linksorientiert beurteilt. Wir respektieren diese Einschätzungen, können dabei jedoch nur auf die Unzulänglichkeit, und die Unfähigkeit verweisen, die tiefen Bedürfnisse des Landes wirklich zu verstehen.

Ich persönlich halte es für sinnvoller, die politischen Ausrichtungen danach zu beurteilen, mit welcher Intensität sie die Rechte und die grundlegenden Freiheiten der Menschen anerkennen.

Es stimmt, dass wir neue Bewertungskriterien für staatliches Handeln fordern wollen. Ganz pragmatisch übernehmen wir die Verantwortung für die Behauptung, dass es hier und jetzt politische Maßnahmen gibt, die für die Bürger und für unser Land von Vorteil oder Nachteil sind: politische

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

Maßnahmen, die das Wohlergehen und eine bessere Lebensqualität der Bürger gewährleisten und andere, die diese Ziele stattdessen gefährden.

Den politischen Kräften, die die Mehrheit der Regierung bilden, wird vorgeworfen, populistisch und systemfeindlich zu sein. Nun, das sind sprachliche Formulierungen, die man ablehnen oder befürworten kann. Wenn Populismus aber die Haltung der politischen Entscheidungsträger ist, auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen – und hier lasse ich mich von den Überlegungen Dostojewskis in „Puschkin“ inspirieren - wenn systemfeindlich bedeutet, ein neues System einzuführen, das alte Privilegien und Verkrustungen der Macht beseitigt, dann verdienen diese politischen Kräfte diese beiden Bezeichnungen durchaus.

Wenn wir den Regierungsvertrag sorgfältig lesen, stellt sich heraus, dass diese Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse der Bürger im Zeichen einer Politik steht, einer „Idealpolitik“ (woertl. Politik mit großem P), die das Ziel verfolgt, die Grundwerte unserer Verfassung konkret umzusetzen.

Der Vertrag enthält neben Sofortmaßnahmen auch tiefgreifende Struktur-reformen. Wenn wir dem staatlichen Handeln wieder mehr Sinn geben wollen, müssen wir in der Lage sein, den Blick zu heben und zu versuchen, die wirklichen Bedürfnisse der Bürger in einer mittel- und langfristigen Perspektive zu erfüllen. Andernfalls verliert die Politik das Verantwortungsprinzip aus den Augen, das uns – nach dem Philosophen Jonas – dazu auffordert, nicht nur das unmittelbare Bedürfnis zu betrachten, das sich in bloßen Profit zu verwandeln droht, sondern auch die Gestaltung der Gesellschaft, die wir unseren Kindern, unseren Enkeln, überlassen wollen.

Die Veränderung wird nicht nur in Wort und Stil, sondern vor allem in Methode und Inhalt erfolgen. Aus methodischer Sicht wird unsere Initiative an drei Fronten strukturiert sein: Zuhören, weil die Bedürfnisse der Bürger an erster Stelle stehen; dabei werden wir natürlich auch durch das Parlament und die neuen Instrumente der direkten Demokratie unterstützt, die der Vertrag einführen soll. Durchführung: Wir wollen pragmatisch sein. Wenn eine Regel, ein Amt oder eine Einrichtung nicht funktioniert, ist es richtig, sie abzuschaffen; wenn sie funktioniert, ist es richtig, sie zu stärken; wenn es sie nicht gibt, ist es richtig, sie einzurichten. Kontrolle: Die Maßnahmen, die wir ergreifen, haben Ziele, die erreicht werden müssen. Wir werden die ersten sein, die ihre Wirksamkeit streng überwachen und gegebenenfalls unverzüglich Korrekturmaßnahmen vornehmen. Zuhören, Durchführung und Kontrolle werden die drei Säulen des staatlichen Handelns im Namen der vollen Transparenz sein.

Inhaltliche Änderungen. Die Veränderung wird, wie gesagt, auch inhaltlicher Natur sein. Zum Beispiel ändert sich die Tatsache, dass die Regierung sich nun in erster Linie um die sozialen Rechte kümmern wird, die in den letzten Jahren schrittweise abgebaut wurden; und das mit den uns bekannten Ergebnissen: Millionen von Armen, Millionen von Arbeitslosen, Millionen von Leidenden. Es ist nun an der Zeit zu sagen, dass die italienischen Bürger Recht auf einen Mindeststundenlohn haben, so dass niemand mehr ausgebeutet wird, dass sie Recht auf ein Grundeinkommen und auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben, wenn sie arbeitslos sind, dass sie Recht auf eine angemessene Rente haben, dass sie

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

das Recht haben, auf unkomplizierte Weise gerechte Steuern zu zahlen. Auch hier wollen wir die Staatsverschuldung reduzieren, aber dies soll durch das Wachstum unseres Reichtums geschehen, nicht mit den Sparmaßnahmen, die allein dazu beigetragen haben, die Schulden in den letzten Jahren nur noch zu erhöhen. Der Wandel liegt in einer schnellen und effizienten Justiz auf Seiten der Bürger, mit neuen Instrumenten wie Sammelklagen, einer gerechter Entschädigung für Opfer von Gewaltverbrechen und ein erhöhter Rechtsschutz (woertl. Verstärkung) im Falle von Notwehr.

Ändern wird sich, dass wir dem Immigrantenbusiness ein Ende bereiten. Wir werden dem Geschäft mit den Zuwanderern, das unter dem Deckmantel der falschen Solidarität überproportional gewachsen ist, ein Ende setzen.

Ändern wird sich, dass wir die Korruption mit innovativen Methoden wie der DASPO gegen Korrupte und mit der Einführung von Undercover-Agenten bekämpfen werden.

Ändern wird sich, dass wir ein behindertengerechtes Land wollen, und es gibt Millionen, die allzu oft sich selbst und ihren Familien überlassen sind.

Ändern wird sich, dass wir die Bande zwischen Politik und Gesundheitswesen durchschneiden wollen, damit Letzteres endlich landesweit effizient wird.

Ändern wird sich, dass wir Mittel, Gelder und Ausstattungen erhöhen werden, um die Sicherheit in allen Städten zu gewährleisten.

Ändern wird sich, dass wir den Familien, vor allem den besonders bedürftigen, gebührende Aufmerksamkeit schenken werden.

Ich habe nur einige wenige Teile des Vertrags erwähnt, aber selbst wenn wir nur die eben genannten Innovationen umsetzen würden, würden die Menschen sofort spüren, dass der neue Wind nicht umsonst weht. Sie würden erkennen, dass der Wind des Wandels überall weht, in großen Städten und kleinen Gemeinden, sie würden erkennen, dass sich ihre Lebensqualität verbessert hat und sie würden sich noch mehr vereint und stolz fühlen, in unserem schönen Land zu leben. Das ist letztlich unser Ziel.

Ich werde nicht im Detail auf alle Einzelziele eingehen, die die Grundlage dieser Regierung bilden und die im Vertrag festgelegt sind. Im Folgenden werde ich jedoch einige Hinweise zu manchen der wichtigsten Themen geben und auch die Richtung vorwegnehmen, in die mein persönlicher und konkreter Beitrag gehen wird.

Was die Arbeit betrifft, so sind wir in diesen Zeiten der Krise und der Schwierigkeiten entschlossen, der Bestimmung des ersten Artikels unserer Verfassung, in dem die Republik auf Arbeit gründet, Substanz zu verleihen. Wir wollen einen neuen, transparenten und fairen Sozialpakt schaffen, der auf Solidarität, aber auch auf Engagement beruht, in dem Bewusstsein, dass wir nur durch die Beteiligung aller an der Entwicklung des Landes eine Zukunft des Wohlstands für unsere Kinder sichern kön-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

nen. Wir wollen den vielen Jugendlichen, die keine Arbeit finden, denjenigen, die gezwungen sind, ins Ausland zu ziehen, und denjenigen, die hier inaktiv bleiben und immer verschlossener und entmutigter werden, eine Stimme geben. In all diesen Fällen verschwenden wir wertvolle staatliche Ressourcen. Wir wollen den vielen Frauen eine Stimme geben, die oft gebildeter und hartnäckiger sind als wir Männer, die am Arbeitsplatz jedoch immer noch völlig unakzeptabel diskriminiert und geringer bezahlt werden; Frauen, die sich allein fühlen, wenn sie sich entscheiden, ein Kind zu bekommen.

Die Verbreitung neuer Technologien und die Wirtschaft des Teilens schafft neue Geschäftsmöglichkeiten und stellt den Bürgern innovative Dienstleistungen zur Verfügung, birgt aber auch das Risiko der Marginalisierung und neuer Formen der Ausbeutung. Wir müssen uns dieser Veränderungen stellen, nicht um eine in vielerlei Hinsicht unumkehrbare Entwicklung zu bekämpfen, sondern um in jedem Fall die Achtung der grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Arbeit stets ein Instrument zur persönlichen und menschlichen Verwirklichung ist.

Im Hinblick auf die Umwelt wird das Handeln der Regierung stets auf den Umweltschutz, die hydrogeologische Sicherheit unseres Territoriums und die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft ausgerichtet sein. Mit unseren politischen Entscheidungen werden wir uns bemühen, die bereits eingeleiteten Prozesse der Dekarbonisierung unseres Produktionssystems voranzutreiben. Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie sich die Welt um uns herum verändert und dabei vielleicht die besonderen Interessen einzelner Wirtschaftsakteure unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, diese für technologische Innovationen offenen Prozesse im Namen einer Entwicklung im Dienste der Menschheit zu steuern. Auch in diesem Bereich fordern wir eine starke Position für eine Politik die in der Lage ist, die Veränderungen der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Realität auszurichten und zu steuern. Wir sind nicht bereit, die Umwelt und das Projekt einer blue economy anderen Zwecken zu opfern. Wir müssen uns umgehend mit den Dilemmata der künstlichen Intelligenz messen und die big data nutzen, um alle Chancen der sharing economy zu nutzen.

In Bezug auf internationale Szenarien, Märkte und Sicherheit möchten wir vorab unsere überzeugte Zugehörigkeit zum Atlantischen Bündnis bekräftigen. Dabei sind die Vereinigten Staaten von Amerika unser privilegierter, ja traditionell privilegierter Bündnispartner.

Aber Vorsicht! Wir werden auch eine Öffnung Russlands gegenüber befürworten.

Russland hat in den letzten Jahren seine internationale Rolle in verschiedenen geopolitischen Krisen gefestigt. Wir werden uns für eine Überprüfung des Sanktionssystems einsetzen, beginnend mit denen, die zu Lasten der russischen Zivilgesellschaft gehen.

Die Prozesse der Marktintegration der letzten Jahre haben bekanntlich zu einer völligen Neudefinition der Beziehungen und Grenzen zwischen Politik, Wirtschaft und Recht geführt. Im neuen globalen Raum hat die Wirtschaft (oder besser noch die Finanzen) eine absolute Vorrangstellung er-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

obert. Sie ist, ganz nach James Hillman, zur wahren Universalreligion unserer Zeit geworden.

Die Politik, aber auch das Recht, haben an Boden verloren. Wir haben Schwierigkeiten. Wir alle haben Schwierigkeiten, starke und kohärente politische Maßnahmen, sowie wirksame und harmonische Rechtsbestimmungen zu verfolgen. Aber die Antwort liegt nicht im Leugnen dieser Schwierigkeiten. Wir müssen einen Weg finden, die Prozesse der demokratischen Legitimation auch innerhalb supranationaler Strukturen zu stärken, indem wir die Institutionen konsolidieren, die den Willen des Volkes vertreten.

Was Europa betrifft, so ist die Schließung der Wachstumslücke zwischen Italien und der Europäischen Union eines unserer Ziele, das im Rahmen der Finanzstabilität und des Marktvertrauens verfolgt werden muss. Die Staatsverschuldung Italiens ist nun vollständig tragfähig. Ihre Reduzierung muss jedoch auch und vor allem im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum fortgesetzt werden. Die Finanzpolitik der öffentlichen Ausgaben muss auf die Verfolgung der oben genannten Ziele eines stabilen und nachhaltigen Wachstums ausgerichtet sein.

In Europa werden diese Fragen mit Nachdruck in Angriff genommen werden, um die governance anzupassen, eine Anpassung, die in allen Mitgliedstaaten der Union bereits im Mittelpunkt der Überlegungen und Diskussionen steht. Wir sind relativ optimistisch, was das Ergebnis dieser Diskussionen angeht, und zuversichtlich in Bezug auf unsere Verhandlungsstärke, denn wir befinden uns in einer Situation, in der die Interessen Italiens in dieser Phase des europäischen Aufbauwerks mit den allgemeinen Interessen Europas und mit dem Ziel zusammenfallen, dessen möglichen Niedergang zu verhindern.

Europa ist unsere Heimat, es ist die Heimat von uns allen. Als Gründungsland haben wir das Recht, ein stärkeres und gerechteres Europa zu fordern, in dem die Wirtschafts- und Währungsunion auf den Schutz der Bedürfnisse der Bürger ausgerichtet ist, um die Grundsätze der Verantwortung und der Solidarität besser in Einklang zu bringen.

Was die Privilegien der Politik anbelangt, so haben wir in den letzten Jahren einen Rückgang der öffentlichen Investitionen und eine Beschneidung der grundlegenden Dienstleistungen erlebt. Die Privilegien der Politik und die damit verbundenen Verschwendungen blieben davon jedoch unberührt. Diese Regierung will entschlossen handeln.

Der Kampf gegen politische Privilegien und Verschwendung ist nicht nur eine symbolische Angelegenheit. Solange der Normalbürger jeden Tag mit tausend Schwierigkeiten und Demütigungen konfrontiert wird, weil er keine Arbeit hat, eine menschenunwürdige Rente bezieht und für seine Arbeit ein geradezu lächerliches Gehalt bekommt, ist es nicht hinnehmbar, dass die politische Klasse nicht die notwendigen Konsequenzen hinsichtlich der eigenen Bezahlung daraus zieht.

Dies ist eine Angelegenheit, die alle betreffen muss, andernfalls wird der Vertrauenspakt der Bürger in ihre eigenen Institutionen gebrochen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018

Die Pensionen und lebenslangen Renten von Parlamentariern, Regionalräten und Mitarbeitern von Verfassungsorganen müssen gekürzt und das Sozialversicherungssystem der einfachen Rentner auch für sie eingeführt werden.

Die so genannten „Goldrenten“ sind ein weiteres Beispiel für ein ungerechtfertigtes Privileg, das bekämpft werden muss. Wir werden bei monatlichen Zahlungen von mehr als 5.000 EUR netto eingreifen und dabei an dem Betrag ansetzen, der nicht durch die eingezahlten Beiträge gedeckt ist. Unsere Einsparungen werden an allen nur möglichen Stellen erfolgen und ich bin überzeugt, dass wir dort viel Spielraum haben und signifikante Ergebnisse erzielen werden.

Nun noch zum Thema Justiz. In diesem Bereich ist es unser Ziel, das Vertrauensverhältnis zwischen den Bürgern und der Justiz wiederherzustellen. In jüngster Zeit sind die Rechtsschutzinitiativen zurückgegangen. Tatsächlich ist der Bedarf an Gerechtigkeit nicht etwa gedeckt; vielmehr sind die Prozesse zu kostspielig und zu langwierig.

Dies gilt für Bürger und Unternehmen, da sich die mangelnde Effizienz der Justiz als Hemmschuh für das Wirtschaftswachstum und als Abschreckung für ausländische Investoren erweist. In der heutigen Wirtschaft, so erinnert uns der Soziologe Ulrich Beck, besteht die reale Gefahr in der Nicht-Invasion, bzw. im Entzug der Investoren.

Der Regierungsvertrag legt eine Reihe spezifischer Ziele fest: die Vereinfachung und Verkürzung der Verfahren, die Senkung der Justizkosten (woertl. Justizzugangskosten) und die Stärkung der Garantien für den Schutz der Rechte und Interessen der Bürger. Wir werden das Verbrechen der sexuellen Gewalt härter bestrafen und die Opfer angemessen entschädigen. Wir werden für Gewissheit bei der Bestrafung der Täter sorgen, damit ehrliche Bürger nicht den Glauben an die Gerechtigkeit verlieren. Wo immer notwendig, werden wir die Zahl der Gefängnisse erhöhen, auch um bessere Bedingungen für die Gefangenen zu gewährleisten, unbeschadet der verfassungsmäßig vorgesehenen Rehabilitationsfunktion, die angemessene Ausbildungs- und Arbeitsangebote erfordert.

Wir werden auch die Verjährungsnormen reformieren. Die Verjährung muss ihre ursprüngliche Funktion wieder erfüllen und darf nicht als Mittel genutzt werden, sich einem gerechten Prozess zu entziehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO  
ITALIEN

Juni 2018



Imprint

Konrad-Adenauer-Stiftung in Italy  
Director  
Caroline Kanter

Corso del Rinascimento, 52  
00186 Roma/Italia  
[www.kas.de/italien](http://www.kas.de/italien)

Translation of the coalition agreement:  
Benita von Engel Benita  
contact: [ben.vonengel@tiscali.it](mailto:ben.vonengel@tiscali.it)

The promotion of the exchange of opinion and knowledge on political issues between Germany and Italy is a primary goal of the KAS in Rome. The series of publications "An Italian Perspective" aims at making a contribution to an open discussion and providing selected Italian authors with a forum. The Konrad-Adenauer-Stiftung does not hold itself responsible for statements made by the author. Statements or opinions expressed in the text reflect the views of the author and do not reflect official policy of the foundation unless stated as such.